

Streit bei Schwarz-Gelb

Finanzministerium rechnet FDP Steuer-Pleite vor

[Quelle: Spiegelonline.de vom 12.1.2010]

Bundesfinanzminister Schäuble: Große Bedenken bei geplanten Steuersenkungen

Der Widerstand wächst: Finanzminister Schäuble stellt sich einem Zeitungsbericht zufolge gegen die Steuerpläne der FDP. Seine Mitarbeiter rechnen demnach gerade alles durch - und kommen zu dem Schluss, dass das Geld einfach nicht reicht. Entweder wird die Reform abgespeckt, verschoben, oder es wird hart gespart.

München - Die FDP stößt laut einem Zeitungsbericht mit ihren Plänen für weitere massive [Steuersenkungen](#) bei der Union auf immer größeren Widerstand. Kurz vor dem Krisentreffen der Koalitionsspitzen hieß es laut "Süddeutscher Zeitung" in Regierungskreisen, die Reform müsse abgespeckt, verschoben oder durch Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden. Sonst sei sie nicht zu verantworten. Die Bedenken werden den Angaben zufolge von Finanzminister Wolfgang [Schäuble](#) (CDU) geteilt.

"Wir haben ein Riesenproblem damit, die mit einer Steuersenkung verbundenen Einnahmeausfälle und die sich aus der Schuldenbremse ergebenden Sparerfordernisse miteinander in Einklang zu bringen", zitiert die Zeitung Unionsinsider. Im Finanzministerium werden dem Bericht zufolge nun unterschiedliche Modelle durchgerechnet, wobei der von der FDP geforderte Stufentarif die größten Probleme mache. Wenn durch ihn wirklich alle Bürger entlastet werden sollten, müsse die Steuerlast um 15 bis 20 Milliarden Euro sinken, ansonsten würden "einige wenige Gruppen womöglich sogar mehr Steuern zahlen als bisher", schreibt die Zeitung. Die Regierung wolle das auf jeden Fall vermeiden.

Nach [SPIEGEL-Informationen vom Wochenende](#) wird im Finanzministerium erwogen, die Reform zu verschieben: Sie könnte zwar schon in diesem Jahr beschlossen, aber erst nach 2011 in Kraft gesetzt werden - weil dann die Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte besser zu verkraften sind.

FDP-Generalsekretär beharrt auf 2011

Die "Süddeutsche Zeitung" zitiert nun einen Insider ebenfalls mit Verschiebungsplänen in Richtung 2012 oder 2013 - denn man könne "weder darauf setzen, dass sich die gesamte Reform durch mehr Wirtschaftswachstum selbst finanziert, noch darauf, dass wir brutal einsparen können". Die Drohung mit der Verschiebung ist nach Informationen der Zeitung auch ein Versuch, der FDP Sparvorschläge zu entlocken. Es könne nicht sein, dass die Liberalen für die Geschenke und die Union für die Grausamkeiten zuständig sei.

FDP-Generalsekretär Christian Lindner sagte der "SZ" dagegen, es sei unverständlich, "dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte Zeitplan mit dem zweiten Entlastungsschritt für 2011 von manch einem in der Union hinterfragt wird". Auf diesen Schritt habe in den Koalitionsverhandlungen vor allem auch die CSU gedrungen. Die Bürger bräuchten jetzt ein "faires steuerpolitisches Gesamtkonzept mit Entlastungen und Vereinfachungen".

Der Steuerstreit dauert nun schon Wochen. Die Union verweist darauf, dass die geplante Entlastung im Koalitionsvertrag "unter Finanzierungsvorbehalt" stehe, also nur in Kraft treten könne, wenn sie bezahlbar sei. Um den Konflikt zu beenden, findet am Sonntag ein Sechs-Augen-

Treffen von Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle statt, den Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP.

Roland Koch fordert neue Diskussionskultur

Die Dauerdebatte hat auch zu einem [CDU-internen Streit über das Profil von Kanzlerin Angela Merkel](#) geführt. Die Brandenburger CDU-Vizefraktionsvorsitzende Saskia Ludwig erneuerte ihre Kritik an der Parteivorsitzenden, [die sie am Wochenende zusammen mit den CDU-Landtagsfraktionschefs Christian Wagner, Steffen Flath und Mike Mohring geäußert hatte](#). "Die Kanzlerin muss als Chefin einer großen Volkspartei die Balance zwischen konservativen Kernthemen und Multikulti-Wohlfühlthemen halten. Diese Ausgewogenheit ist im Moment nicht erkennbar", sagte Ludwig den "Potsdamer Neuesten Nachrichten". Schon am Montag hatte auch Flath seine Kritik im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE verteidigt. "Ich glaube, wir haben vielen aus dem Herzen gesprochen", sagte der sächsische CDU-Fraktionschef.

CSU-Chef Horst Seehofer weist die Kritik aus der Union an den Führungsqualitäten von Bundeskanzlerin Merkel zurück. "Immerhin hat sie es nach 15 Jahren erreicht, dass Schwarz-Gelb wieder eine Mehrheit in Deutschland hat. Sie führt stark, und zwar früher die Große Koalition wie jetzt die schwarz-gelbe Koalition", sagte Seehofer in der ARD-Sendung "Beckmann". "Ich habe kein Verständnis für diese ständigen Zwischenrufe aus der zweiten und dritten Reihe gegenüber der Führungskraft der Kanzlerin." Er habe früher erklärt, wer Angela Merkel unterschätze, habe schon verloren, sagte Seehofer. "Das sagt über ihre Führungskraft alles aus - und zwar positiv. Man sollte uns arbeiten lassen in Berlin, vor allem die Kanzlerin."

CDU-Vizechef Roland Koch fordert allerdings nun eine "neue Diskussionskultur" in der Partei. "Wir müssen dafür sorgen, dass die Vielstimmigkeit innerhalb der CDU abnimmt", sagte er dem "Hamburger Abendblatt". "Eine Partei kann es auf Dauer nicht ertragen, dass man jedes Thema endlos diskutiert. "

Heiner Geißler: "Zu Merkels Kurs gibt es keine Alternative"

Scharfe Worte im Streit um Merkel findet der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. "Solche Debatten werden nur von Politikern geführt, die ihre Lektionen noch immer nicht gelernt haben", sagte Geißler den "Ruhr Nachrichten". Es gebe eindeutige Ursachen dafür, dass die Union unter die 40-Prozent-Marke gerutscht ist. Die CDU habe sich mit ihrem Leipziger Reformprogramm "wie eine aufgeblasene FDP benommen". Die Kritiker verwechseln die CDU offenbar mit der alten Preußischen Armee, wo das Prinzip von Befehl und Gehorsam herrschte", sagte Geißler. "Der Vorsitzende der Seniorenunion, Herr Wulff, fordert sogar Korpsgeist in der CDU. Die CDU ist keine Volksarmee, sondern eine demokratische Partei", sagte Geißler. "Wenn Angela Merkel den Forderungen ihrer Kritiker nachgeben würde, rutschte die CDU bald unter 30 Prozent. Zum Kurs der Kanzlerin und Parteichefin gibt es keine Alternative. Alles andere sind Kindergartenstreitereien."

Dennoch forderte Geißler "eine gründliche Diskussion" über den richtigen Weg. "Die Rückkehr zu alt-konservativen und neoliberalen Konzepten ist aber der falsche Weg. Wir brauchen keine Wiederauflage irriger Reformideen. Angela Merkel hat den richtigen Weg eingeschlagen und die schweren Fehler des Leipziger Parteitags hinter sich gelassen", sagte er. Die Ursachen für den Fehlstart der schwarz-gelben Koalition liegen laut Geißler im Koalitionsvertrag.

anr/AFP/ddp/dpa